

David Bebnowski\*

## Problemorientierung statt Revolutionserwartung Zur Vor- und Frühgeschichte der *PROKLA*

**Zusammenfassung:** Dieser Beitrag widmet sich der Vor- und Frühgeschichte der *PROKLA* und beleuchtet dabei die Entstehungsgeschichte der Zeitschrift in Auseinandersetzung mit den politischen Ausdifferenzierungsprozessen von Studentenbewegung und APO im Verlauf der 1960er und 1970er Jahre. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der theoretischen Positionierung der Zeitschrift, die mit der »logischen Kapitallektüre« und der Staatsableitungsdiskussion geschildert wird. Dabei wird gezeigt, dass die theoretischen Standpunkte der Zeitschrift konkrete Antworten auf Herausforderungen durch doktrinäre marxistische Interpretationen in den politischen Konflikten der 1970er Jahre lieferten. In diesen Auseinandersetzungen hielt die *PROKLA* als Zeitschrift sowohl das Organisationsmodell wie auch den politischen und theoretischen Anspruch der Neuen Linken als unabhängiger politischer Kraft aufrecht.

**Schlagwörter:** *PROKLA*, Neue Linke, 1968

### Problem orientation instead of expectations of revolution On the pre- and early history of *PROKLA*

**Abstract:** This essay focusses on the history of the *PROKLA* before and during its foundation. The text sheds light on the development of the journal amid the political conflicts and its resulting fractioning of West-Germany's extraparliamentary opposition and the student movement over the course of the 1960s and 1970s. Special emphasis is given to the theoretical positioning of the journal and its involvement in the »logical« interpretation of Marx' Capital and the State Debates (Ableitungsmarxism). The essay shows that the theoretical standpoints of the journal were directed towards delivering answers to the contestation inflicted by doctrinaire understandings of Mar-

---

\* David Bebnowski ist Redakteur der historischen Fachzeitschrift *Arbeit - Bewegung - Geschichte*; seine 2020 abgeschlossene Dissertation behandelt die *PROKLA* und die Zeitschrift *Das Argument* als Debattenplattformen und politisch-theoretische Seismographen der Neuen Linken.

xism in the political conflicts of the 1970s. In these conflicts the *PROKLA* stuck to the ideal of the New Left as an independent political force as well as organizationally as politically and theoretically.

**Keywords:** PROKLA, New Left, 1968

Es werden gemischte Gefühle gewesen sein, mit denen sich die drei Männer an einem der letzten Apriltage 1971 auf dem Balkon im zweiten Geschoss der Knesebeckstraße 16 in West-Berlin gegenüberstanden. Elmar Altvater, zu dessen Wohnung der Balkon gehörte, Bernhard Blanke und Bernd Rabehl hatten die zurückliegenden Wochen mit ungewollten politischen Kämpfen verbracht. In ihnen ging es um die Kontrolle der Zeitschrift *Sozialistische Politik* (*SoPo*), die am Otto-Suhr-Institut (OSI) der Freien Universität Berlin erschien und zu deren Redaktion alle drei bis vor kurzem gehört hatten. Eine vierköpfige Gruppe aus Verlag und Vertrieb um den Politikwissenschaftler Frank Stern, die als Redaktionskollektiv firmierte, hatte sich jedoch im März 1971 mit der Gründung einer GmbH putschartig die Verfügungsgewalt über die Zeitschrift gesichert. Zum Problem entwickelte sich nicht allein dieser »Coup d’Etat« (Privatarhiv Rudi Schmidt, im Folgenden PA Schmidt), wie man damals sagte, sondern die Tatsache, dass hiermit eine politische Neuausrichtung der bundesweit gelesenen *SoPo* einherging. Unabgesprochen hatte diese Gruppe im Namen der *SoPo* zur Wahl der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) bei den Wahlen zum West-Berliner Abgeordnetenhaus im März 1971 aufgerufen. Als seit 1949 in West-Berlin zugelassener Ableger der DDR-Staatspartei SED vertrat die Sozialistische Einheitspartei Westberlins (SEW) wie ihre 1968 »neukonstituierte« Schwester, die Deutsche Kommunistische Partei (DKP), einen Marxismus-Leninismus, auf sowjetischer Linie (Klein 2009). Die allermeisten Mitglieder der heterogen zusammengesetzten Redaktionskonferenz begriffen sich im Gegensatz hierzu als unabhängige Marxist\_innen und empfanden die SEW deshalb als »revisionistisch«. Entsprechend wütend meldete sich in *agit 883*, dem Szeneblatt der radikalen West-Berliner Linken, das die Auseinandersetzungen damals dokumentierte, dieser Teil der *SoPo*-Redaktionskonferenz als »Mehrheitsfraktion« zu Wort (*agit 883* vom 19.3.1971 und 29.5.1971). Solche politischen Befindlichkeiten interessierten das »bürgerliche« West-Berliner Amtsgericht aber nicht. Die Stern-Gruppe hatte sich die Namensrechte am Titel der Zeitschrift gesichert, sodass eine gerichtliche Absetzung der Usurpatoren scheiterte. Die unterlegene »Mehrheitsfraktion« musste sich neue publizistische Ausdrucksmöglichkeiten verschaffen.

Genau darum ging es an diesem Tag auf dem Balkon in der Knesebeckstraße. Altvater, Blanke und Rabehl beschlossen, der Redaktionskonferenz die Gründung einer neuen Zeitschrift vorzuschlagen. Über den Titel gab es eine längere Diskussion, an deren Ende der Entschluss stand, dem autoritären Staatssozialismus einen expliziten Gegenentwurf entgegenzusetzen. Der Hintergrund: Bis in das Jahr 1968 hinein hatte die Außerparlamentarische Opposition (APO), die neben der Student\_innenbewegung auch Gewerkschaften und weitere politische Gruppierungen umfasste, ebenfalls vermocht, Anhänger\_innen staatssozialistischer Positionen zu integrieren. Nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze bekam das pragmatische Bündnis jedoch Risse und fragmentierte sich in den Folgemonaten zusehends. Die DKP und schließlich auch die SEW versammelten die Aktivist\_innen ebenso wie die K-Gruppen und Parteiinitiativen, die sich nach militanten Demonstrationen und einer Welle wilder Streiks in den Jahren 1968 und 1969 konstituiert hatten. Die neu gegründete Zeitschrift begriff sich im Kontrast zu diesen Entwicklungen. Der Titel *Probleme des Klassenkampfes* unterstrich die Schwierigkeiten radikaler linker Politik und die damit einhergehende Notwendigkeit einer offenen Analyse, die in dem Bedürfnis nach politischer Eindeutigkeit während der zurückliegenden Monate ins Hintertreffen geraten waren.

Diese Episode aus der Gründungsgeschichte der Zeitschrift lenkt den Blick zurück in jene 1968er-Jahre, zu denen über – und durch – die politische Linke in Deutschland schon alles gesagt zu sein scheint. Die längst mit transnationalem Anspruch verfassten, sich zyklisch vermehrenden Beiträge zu »'68« (vgl. Klimke/Scharloth 2008), der »antiautoritären Revolte« (zuletzt Brown 2013) oder den politischen Teilgruppen während der »langen sechziger Jahre« (Siegfried 2006) haben so viele Aspekte des »roten Jahrzehnts« (Koenen 2001) beleuchtet, dass die Geschichte der »Neuen Linken« mittlerweile auserzählt wirkt. Auch die Gründung der *PROKLA* Anfang der 1970er Jahre ließe sich auf den ersten Blick als Teil der »Ausdifferenzierung der radikalen Linken« (Sonnenberg 2016: 170–208) oder als Ausdruck einer zersplitterten APO deuten. Gerade die Frühgeschichte der *PROKLA* aber zeigt, dass dem nicht so ist.

Denn liest man das programmatische Editorial der ersten Ausgabe der *PROKLA* aus einer historischen Perspektive der Neuen Linken, hebt sich die Zeitschrift stark vom Anspruch anderer Blätter ab, die häufig zur Unterstützung bestimmter politischer Gruppen oder Parteien gegründet worden waren. In klaren Worten bekannte sich die Redaktionskonferenz zum Marxismus, verstand diesen jedoch als ein politisch offenes und erst noch zu entwickelndes Projekt: »Die Erarbeitung des Marxismus kann für Intellektuelle nicht einfach in einem Bekenntnis zum ›Standpunkt des Proletariats‹ oder einer ›Aktivität im Proletariat‹ bestehen. Sie muß sich vielmehr in erster Li-

nie auf dem Gebiet der intellektuellen Tätigkeit selbst bewähren.« (PROKLA-Redaktion 1971: 3) Um die *Probleme* des Klassenkampfes zu bearbeiten, fühlte sich die Redaktion deshalb »der naheliegendsten Aufgabe marxistischer Intelligenz verpflichtet: der wissenschaftlichen Analyse und Kritik der bürgerlichen Gesellschaft.« (Ebd.: 4) Damit hielt die PROKLA an einer Zielsetzung fest, die in den meisten Erzählungen zur Geschichte der Neuen Linken unter dem Schutt ihrer Bruchstücke verschwindet: Es war der originäre Anspruch der Neuen Linken, als unabhängige politische Kraft zwischen dem als »reformistisch«, weil zu realpolitisch und zu wenig revolutionär erachteten Pol der Sozialdemokratie und dem »revisionistischen« Pol kommunistischer Parteien zu agieren und einen eigenständigen Weg linken Denkens einzuschlagen (Horn 2008: 131-189).

In diesem Aufsatz wird die Frühgeschichte der PROKLA beleuchtet. Im Fokus stehen deren Herkunft und Verankerung in der Neuen Linken und ihre eigensinnige wissenschaftlich-politische Positionierung. Die PROKLA verweigerte sich kaderdisziplinären Verhärtungen, hielt aber einen revolutionären sozialistischen Anspruch aufrecht. Diese Position war Resultat ihrer Gründungsgeschichte und redaktionellen Zusammensetzung. Entstanden war eine Zeitschrift, die marxistische Theorie betrieb und politische Praxis aus einer parteilichen Perspektive, aber aus einer unabhängigen Position begleitete.

## Die Neue Linke als Zeitschriftenprojekt

Die Neue Linke wurde in erster Linie von Intellektuellen getragen. Ihr Ausgangspunkt lag jedoch in der Mitte der 1950er und nicht in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre, wie es die vieles andere überstrahlende Jahreszahl »1968«, die internationale Student\_innenbewegung und der deutsche Sonderfall der APO nahelegen (zuletzt Frey 2020; Siegfried 2018; Jian u.a. 2018). Vor allem 1956 kulminierten viele internationale politische Auseinandersetzungen. Die Niederschlagung des reformkommunistischen Aufstands in Ungarn, der Krieg Frankreichs in Algerien und der Konflikt Großbritanniens, Frankreichs und Israels mit Ägypten um die Suez-Kanalzone erschütterten die Loyalitäten sozialdemokratischer und kommunistischer Intellektueller zu ihren Parteien (Hall 2010: 177; Horn 2008: 131; Hall 2016). Gerade im Umfeld westeuropäischer kommunistischer Parteien sammelten sich dissidente Intellektuelle, die eine kritische Masse für das Entstehen der Neuen Linken bildeten (Kroll 2007; Jünke 2014: 103-123). Aber auch die krisengebeutelte Sozialdemokratie, die fast nirgendwo in Regierungsverantwortung war, suchte nach neuen realpolitischen Programmen, was die Abwendung vieler sozialdemokratischer Intellektueller von ihren Parteien beförderte (Kritidis 2008; Heigl 2008).

In Ermangelung politischer Parteien, die ihr Begehren transportierten, setzten die zwischen den Stühlen sitzenden Intellektuellen auf ein klassisches Instrument: Sie gründeten Zeitschriftenprojekte (Schildt 2011: 19; Grunewald/Bock 2002: 30). Die neuen Projekte sollten als Debattenplattformen für die Suche nach neuen politischen Antworten auf die vielfältigen Widersprüche dienen, die sich in den modernen kapitalistischen Gesellschaften zeigten. Betrachtet man die Neue Linke als Formation, dann war sie weniger eine reale soziale Bewegung denn eine *vorgestellte Gemeinschaft* (Anderson 2005 [1983]; Collini 1991: 56; Reichardt 2014: 277). In ihr verbanden sich verschiedene intellektuelle Akteure zu einer *politischen Suchbewegung* nach einer radikalen linken Politik jenseits von Sozialdemokratie und Parteikommunismus.

Einige der wichtigsten Blätter dieser Jahre wurden breit rezipiert und gelangten rasch zu Einfluss. In Großbritannien entstanden 1957 mit den Magazinen *New Reasoner* und *Universities and Left Review* die Vorläufer der 1960 gegründeten *New Left Review*. Noch früher war in Frankreich 1948 die Zeitschrift *Socialisme ou Barbarie* entstanden, 1956 folgte das Journal *Situationiste Internationale*. Eine weitere 1956 in Frankreich entstandene Zeitschrift nannte sich *Arguments* und bemühte sich, ein Netzwerk weiterer Zeitschriften in anderen europäischen Staaten, darunter in Italien und in Deutschland, ins Leben zu rufen.

Die an der Freien Universität (FU) in West-Berlin lehrende Philosophin Margherita von Brentano hatte sich vergeblich an der Gründung einer deutschen Ausgabe der *Arguments* versucht, die auch im Frühjahr 1958 in der französischen Zeitschrift bereits angekündigt worden war (*Arguments* 6, Februar 1958; Brentano 2010: 225). In West-Deutschland und in West-Berlin waren die Bedingungen nach dem Zerreißen linker Netzwerke durch den Zweiten Weltkrieg, die Teilung des Landes und den daraus resultierenden harschen Antikommunismus, der 1956 im Verbot der KPD kulminierte, ungünstiger als in anderen westeuropäischen Staaten (Hoffrogge 2012: 249-264; Gerber 2010: 37f., 67f.). Die linke Opposition sammelte sich deshalb fast zwangsläufig im Umfeld der SPD. Erst als diese selbst ihren 1959 im »Godesberger Programm« besiegelten Kurs auf die politische Mitte nahm und im Unvereinbarkeitsbeschluss mit dem SDS demonstrativ gegen die innerparteiliche linke Opposition vorging, setzten die ersten Diskussionen über eine »Neue Linke« ein (Fichter/Lönnendonker 1977). Zu einem wichtigen Kristallisationspunkt unabhängiger linker Positionen wurde dabei, wie auch in Großbritannien, die atomwaffenkritische außerparlamentarische Bewegung, die um das Jahr 1958 herum entstand (Frey 2020: 199ff.). Ein Resultat dieser Entwicklungen war im Jahr 1959 die maßgeblich von Wolfgang Fritz Haug und Margherita von Brentano betriebene, von der FU-Student\_innengruppe gegen Atomrüstung getragene Gründung der Zeitschrift *Das Argument*.

*Das Argument* sollte sich in den Folgejahren nicht nur zu einem führenden Theorieorgan der Neuen Linken in West-Berlin und West-Deutschland entwickeln, in personeller Hinsicht war die Zeitschrift auch eine Keimzelle der späteren PROKLA. So war Bernhard Blanke neben dem Spiritus Rector Haug und dem späteren SDS-Vorsitzenden Reimut Reiche einer der drei Gründungsredakteure des *Arguments*. In der Redaktion und auch im SDS knüpfte Blanke bald engere Kontakte zu Elmar Altvater. Der in seiner Münchner Studentenzeit politisierte Marx-Kenner hatte an der Universität Erlangen promoviert und stieß 1965 als Redakteur zum *Argument*.

*Das Argument* hatte sich den Leitsternen der Kritischen Theorie folgend einer vernunftbasierten Gesellschaftskritik verschrieben, die ab 1967 im Motto *Wissenschaft als Politik* (*Das Argument* 43, Juni 1967) auf den Begriff gebracht wurde. Zu diesem Zeitpunkt war *Das Argument* bereits zu einem Hauptort der Diskussion über den deutschen Faschismus geworden und hatte sich darüber dem marxistischen Denken geöffnet. Aber den jüngeren Studierenden, die sich als antiautoritär begriffen und mit Rudi Dutschke über ein charismatisches Aushängeschild verfügten, reichte dies Mitte der 1960er Jahre nicht mehr; im antiautoritären Handeln sollte Theorie praktisch werden (Slobodian 2012: 94; Gilcher-Holtey 2008: 223-247). An diesen gegensätzlichen Erwartungen, die wie anderswo auch im Generationskonflikt von »Jungen« und »Alten« im SDS zutage traten, zerbrach der Diskussionszusammenhang des *Arguments*. Die befreundeten Politikwissenschaftler Blanke und Altvater schieden aus der Redaktion aus.

## **Sozialistische Politik: Basisgruppen statt Kaderparteien**

Unter den führenden Aktivist\_innen der West-Berliner Student\_innenbewegung zählt Bernhard Blanke zu den Fastvergessenen. Er leitete zeitweilig den der Zeitschrift angegliederten *Argument-Klub*, der in Berlin neben dem SDS als vor allem theoriegeleiteter Zusammenschluss, aber auch als hochschulpolitischer Akteur neben dem SDS fungierte. 1967 wurde Blanke außerdem Mitgründer und Geschäftsführer des Republikanischen Clubs, der auf dem Höhepunkt der Revolte ein wichtiges Zentrum der West-Berliner Gegenkultur bildete (Siegfried 2006: 453-476; Schwendter 1978: 270ff.). Nach dem Studium bekleidete er eine Assistentenstelle am OSI der FU Berlin und gehörte hier 1968 zu den Begründer\_innen der dortigen Ad-hoc-Gruppe.

Ihren Ursprung hatten die Ad-hoc-Gruppen in der Kritischen Universität, die im November 1967 an der FU Berlin gegründet wurde und nur ein Jahr lang ihre Wirkung entfaltete. Ihr Ziel war es, ein Bündnis zwischen Studierenden und Stadtbevölkerung, insbesondere der Arbeiter\_innenklasse

zu schaffen (Schmidt 1971: 83-114; Kukuck 1977: 92ff.). Die Ad-hoc-Gruppen waren in einzelne Fachbereiche organisiert und fungierten als universitäre Pendant zu den neu geschaffenen Basisgruppen in den Berliner Stadtteilen. Ohne Apparate und vorgeschaltete Ausschüsse sollten hier spontane, selbstbestimmte Formen und Inhalte des politischen Protests unmittelbar an der Basis – in den Betrieben, Schulen, Universitäten, Wohnquartieren – erspürt und entwickelt werden.

Ansatzweise entstand in den heterogen zusammengesetzten Basisgruppen, in denen Studierende mit Auszubildenden und Schüler\_innen zusammenarbeiteten, ein »cross-classradicalism« (Brown 2013: 240); eine Stabilisierung dieser Arbeits- und Organisationsform scheiterte schließlich aber auch an der Differenz der Herkunftsmilieus und Alltagskulturen. Nach der trotz Massenprotesten parlamentarisch verabschiedeten Notstandsgesetze am 30. Mai 1968 stürzte die gesamte APO in die Krise. Der SDS büßte seine Avantgardefunktion ein und sank gerade in West-Berlin früh in die Bedeutungslosigkeit hinab. Zudem traten ideologische Gegensätze immer unvermittelter zutage. Das Bedürfnis nach straffer Organisation wuchs. Angetrieben von den wilden Streiks in westdeutschen Fabriken im Herbst 1969 öffneten sich Basis- und Ad-hoc-Gruppen marxistisch-leninistischen Kadervorstellungen. Die universitären Ad-hoc-Gruppen wurden mehrheitlich zu »Roten Zellen«, die sich in West-Berlin vielfach zur maoistischen KPD/AO orientierten (Scharrer 2008: 35-56; Koenen 2001: 186f.).

Am OSI der FU war das anders. Hier war die Ad-hoc-Gruppe die erste ihrer Art gewesen und sollte die langlebigste bleiben. Auch verwandelte sie sich *nicht* in eine Rote Zelle, sondern hielt den Anspruch der Basisarbeit aufrecht. So entwickelte sich die Ad-hoc-Gruppe am OSI zur treibenden Kraft bei der Durchsetzung der ersten universitären Drittelparität – ein Mitbestimmungsmodell, das der konservativen Professorenschaft bundesweit als Schreckbild einer »Universität unter Hammer und Sichel« diente (Wehrs 2014: 129). Zudem stiegen mit dem bildungsökonomisch gebotenen Ausbau der Universitäten die Chancen junger Akademiker\_innen auf Festanstellung oder gar die Berufung zur Professur. Elmar Altvater profitierte zweifellos von den geöffneten Karrierewegen, als er 1971 am OSI, unterstützt von der gut organisierten Studierendenschaft und der im Dezember 1969 gegründeten Sozialistischen Assistentenzelle (SAZ), zum Professor berufen wurde (Aly 2008: 130).

Spätestens durch seine Verbindung mit der SAZ war Altvater im Kosmos der West-Berliner Politszene präsent und hatte sich vor allem in die *SoPo* eingebracht. Die Zeitschrift selbst war Anfang 1969 in einem Konflikt entstanden, der mit der Gründungsgeschichte der *PROKLA* vergleichbar ist. Damals hatte ein politisiertes studentisches Redaktionskollektiv, dem bereits

damals Frank Stern vorstand, die am OSI erscheinende Institutszeitschrift *Der Politologe* putschartig gekapert, die dann unter dem Namen *SoPo* erschien (Thaysen/Falter 2007). Rasch entwickelte sich die *SoPo* so zu einem Organ von bundesweiter Bedeutung für die radikale Linke (*SoPo*-Redaktion 1969: 1f.). Wie die Basisgruppen förderte die Zeitschrift die Diskussion über radikale politische Positionen, ohne selbst einer dogmatischen Linie zu folgen. Dies galt jedoch nur bis zur Wahl zum West-Berliner Abgeordnetenhaus im Jahr 1971 und der überraschenden Unterstützung der SEW durch das Redaktionskollektiv der *SoPo* um Frank Stern.

### Positionierungszwang im Gründungsfieber

Als im März 1971 die Wahlen zum West-Berliner Abgeordnetenhaus anstanden, hatte sich die politische Landschaft für die Neue Linke auf mehreren Ebenen geändert. In der Selbstauflösung des SDS im März 1970 trat nur noch zutage, wie stark die Fliehkräfte innerhalb einer sich ausdifferenzierenden radikalen Linken geworden waren. Nach den »wilden Streiks« des Herbsts 1969 sollte frei nach Lenins Phasenmodell in seiner stark rezipierten Programmschrift *Was tun?* die antiautoritäre Phase der Student\_innenbewegung »liquidiert« werden. Es wuchs das Bedürfnis nach Organisation (Sonnenberg 2016: 172ff.; Siegfried 2018: Kap. 5).

In diesem Stadium war ein »Gründungsfieber« (Koenen 2001: 183-206) politischer Organisationen ausgebrochen, das Bekenntnisse erzwang. Maoistische K-Gruppen erhielten ebenso Zulauf wie ihre »Lieblingsgegner«, operaistisch inspirierte Spontis (Kasper 2019). Den stärksten Zustrom durch die Student\_innenbewegung erlebte jedoch die SPD, deren Mitgliedschaft sich in diesen Jahren massiv verjüngte und zugleich »entproletarisierte« (Walter 2018: 207; Süß 2004: 67-104). Zu dieser Dynamik trug im Jahr 1969 auch die Wahl Willy Brandts zum ersten Bundeskanzler der SPD bei.

Für West-Berlin galt dieses Muster des (partei-)politischen Wandels allerdings nicht. West-Berlin wurde bereits seit 1949 von der SPD (1957-1966 mit Brandt als Regierendem Bürgermeister) regiert. Eine linke politische Bewegung musste sich hier zwingend links von der Sozialdemokratie ansiedeln. Das erklärt, warum die SEW bei der Wahl 1971 eine gewisse Attraktivität für die linke Opposition entwickelte. Auch die SEW hatte vom studentischen Protest profitiert und rund 3.000 neue Mitglieder gewonnen; damit war die Mitgliederzahl der nur für West-Berlin zuständigen Partei höher als die bundesweite Mitgliedschaft (2.000) in allen damaligen K-Gruppen (Klein 2009: 205f.; Teichert 2010: 215). In dieser veränderten politischen Landschaft verstieß der Putsch der Minderheitsfraktion gegen die gemeinsamen Überzeugungen



in der Berliner Redaktionskonferenz der SoPo und war auch menschlich ein Affront – er kam jedoch nicht aus heiterem Himmel.

Die eigentliche tektonische Verschiebung, die das politische Feld der Neuen Linken verändert hatte und die Positionsbestimmung der PROKLA maßgeblich beeinflusste, lag allerdings rund drei Jahre zurück: die Neukonstituierung der DKP im September 1968. Die DKP war gemessen an anderen Parteigründungsversuchen dieser Jahre außerordentlich erfolgreich. In den 1970er Jahren wuchs die DKP auf über ungefähr 40.000 Mitglieder an und beschäftigte allein 800 hauptamtliche Mitarbeiter (Fülberth 1992: 125; Koenen 2001: 269). Schon vor ihrer formellen Gründung machte die Tatsache, dass die Niederschlagung des Prager Frühlings durch die Sowjetunion und ihre Partnerstaaten befürwortet wurde, deutlich, dass hier eine Partei entstand, die »auf der Linie Moskaus« lag. Zudem beendete die Neukonstituierung der DKP die Diskussion über den Sinn und die Möglichkeit eines neuen Sozialistischen Zentrums (SoZ), das die plattformartige Bündniskonzeption der Kampagne »Notstand der Demokratie«, die das fragil gewordene Bündnis der APO fortführen sollte. Die DKP-Kommunist\_innen verließen das SoZ, nachdem man sie aufgefordert hatte, die Niederschlagung des Prager Frühlings durch die realsozialistischen Staaten zu verurteilen. Die Übriggebliebenen, die weiter an einer plattformartigen Bündniskonzeption festhielten, gründeten das Sozialistische Büro (SB), das später, wenn auch nicht immer konfliktfrei, zum Bündnispartner der PROKLA avancierte (Oy 2007: 30f.; Mende 2011: 195).

Es waren diese Hintergründe und Entwicklungen, die die politische Position der PROKLA nach deren Gründung beeinflussten. Wenn sich die neu gegründete Redaktionskonferenz in ihrem Gründungsprozess zutraute, künftig die Rolle eines »theoretischen antirevisionistischen Zentralorgans« (Protokoll Arbeitskonferenz Stamokap 1971: PA Schmidt) einzunehmen, dann ging es dabei um eine Abgrenzung von DKP und SEW. Da diese auf den in den staatssozialistischen Ländern parteioffiziell dekretierten Marxismus-Leninismus vertrauten, wurden sie als »revisionistisch« eingestuft. Dieser Abgrenzungsanspruch schlug sich in der theoretischen Ausrichtung der Zeitschrift nieder. Die Redaktion setzte auf die Ausarbeitung eines wissenschaftlichen Marxismus. Er habe die objektive gesellschaftliche Stellung von Intellektuellen gerade deshalb sorgfältig zu reflektieren, weil sich Teile der linken Intelligenz den revisionistischen, aber auch den maoistischen und anderen ML-Parteien gegenüber unkritisch und bekenntnishaft verhielten. Die Zeitschrift hielt an der Perspektiven der Neuen Linken als einer offenen politischer Such-Bewegung fest. Inspiration lieferte die gemeinsame politische Praxis »von Arbeitern und Intellektuellen, ohne eine der existierenden unentfalteten Formen der Zusammenarbeit zur einzig »korrekten« zu erklä-

ren.« (PROKLA-Redaktion 1971: 3) Die Zielsetzung der PROKLA war ambitioniert: Sie unternahm den Versuch, selbst »Elemente einer Taktik des revolutionären Kampfes für die Gegenwart zu gewinnen.« (Ebd.: 4) Gerade diese Versuche zielten darauf ab, die *Probleme* des Klassenkampfes in den Blick zu nehmen, die die vielen unterschiedlichen Parteigründungsversuche der zurückliegenden Jahre durch ideologische Vereindeutigung und Bekenntnishaftigkeit zu umgehen versuchten.

## Logische Rekonstruktion gegen die Deformation Marx'

Für die PROKLA fand dieser revolutionäre Kampf auf dem Feld der Theorie statt. Die Redaktionskonferenz der Zeitschrift ging dabei bis zu den Schriften von Marx, vor allem zum *Kapital* zurück und entwickelte hieraus eigene politische und theoretische Positionen. Der PROKLA gelang es, ein eigenes theoretisches Selbstverständnis zu entwickeln, das sie von anderen politischen Positionen markant abhob. Die Redaktion dekretierte keine bestimmte Kapitallektüre – dafür war sie ideologisch auch zu heterogen zusammengesetzt, wie viele Streitgespräche in Redaktionsprotokollen belegen. Grundlegende Übereinkünfte gab es dennoch. Zu ihrer Vergegenwärtigung kann das Marxismusverständnis von Elmar Altvater als Sonde dienen.

Altvater nahm eine dominante Stellung innerhalb der formell egalitären Redaktionskonferenz ein, zunächst aus einem einfachen »ökonomischen« Grund: Sein Haushalt in der Knesebeckstraße 16 stellte der jungen Zeitschrift die Räumlichkeiten zur Verfügung. Darüber hinaus zahlte er dem Trägerverein der PROKLA einen deutlich erhöhten Mitgliedsbeitrag. Darüber hinaus war Altvater aber auch der profilierteste Intellektuelle unter den Redakteur\_innen und trat einsatzfreudig und entschlossen in Erscheinung. Als Politikwissenschaftler und Ökonom war seine Haltung zum *Kapital* vor allem durch dissidente kommunistische oder sozialistische Intellektuelle geprägt worden. Diese Einflüsse begründeten eine Haltung, in der er – darin verwandt mit Karl Korsch's Verhältnis zum historischen Materialismus – Marx' Gedanken aus marxistischer Perspektive hinterfragen musste (Korsch 1966 [1930]: 34). Damit entstand eine marxistische Position, die Anleitung zur Kritik der Deformationen eines herrschenden Marxismus in den realsozialistischen Staaten bot, ohne sozialdemokratisch zu sein.

In den 1970er Jahren ging diese Position mit der *logischen* Methode der Kapitalinterpretation einher. Ihr zentrales Anliegen lag in der systematischen Rekonstruktion eines entwickelten Kapitalismus. Erst von diesem Standpunkt aus erhielten dessen Eigengesetzlichkeiten und historische Passagen ihren Stellenwert und konnten erst durch das Begreifen der von Marx' ge-

schilderten Logik des Kapitalverhältnisses selbst vollständig analysiert werden. Dass dieser »Leitfaden« des Denkens eine gewisse Verbindlichkeit für die Redaktion besaß, zeigte sich unter anderem in gemeinsamen Diskussionen mit herausgehobenen Vertretern des SB im Februar 1973 (Protokoll, PA Schmidt). Obwohl Elmar Altvater als einziges Redaktionsmitglied der *PROKLA* auch Mitglied im SB geworden war, war innerhalb des radikalen linken Spektrums das Ausmaß der Übereinstimmung mit diesem losen Bündnis am größten. Auch das SB definierte sich vor allem über Abgrenzungen, scheute die Zusammenarbeit mit Parteien und widersetzte sich institutionellen Vereinnahmungen (Oy 2007: 6; Mende 2011: 195). Zeitweise fungierte das SB sogar als Mitherausgeber der *PROKLA* (siehe Impressum *PROKLA* 7, Mai 1973 bis *PROKLA* 14/15, September 1974).

Dennoch traten gerade in der Diskussion über das Verständnis des marxischen *Kapital* und den Charakter des Kapitalismus wichtige Unterschiede zutage. Die meisten SB-Genoss\_innen betonten, dass die politische Ökonomie eine »Basiswissenschaft« bilde und zur »Revolutionstheorie ausgeweitet werden« müsse. Im Gegensatz zur logischen Methode, die die *PROKLA* präferierte, betonten sie, es komme darauf an, auch historische Kontingenzen im Kapitalverhältnis zu identifizieren, um Möglichkeiten des politischen Eingreifens zu schaffen (Protokoll, PA Schmidt).

Die SB-Vertreter\_innen äußerten damit grundsätzlich, dass die Einzelwissenschaften in die politische Ökonomie integriert werden sollten. Gerade dies hielt die *PROKLA* aber für problematisch, würde so doch ausgeschlossen, »dass es so etwas wie »nicht-kapital-subsumierte Probleme« gebe«. Der *PROKLA* ging es viel stärker darum, Relevanzkriterien zu entwickeln, die wissenschaftliche Erkenntnisse und politische Phänomene genauer zu bestimmen erlaubten. Es müsse gewährleistet sein, »dass beliebige Phaenomene nicht zu allgemeinen gemacht werden[,] und dies [sei] nur möglich bei Rekurs der Analyse auf die Logik des Kapitalbegriffs.« (Protokoll, PA Schmidt)

Das Resultat stand in einem scheinbaren Gegensatz zu der Feststellung, es gebe auch Phänomene, die nichts mit dem Kapitalverhältnis zu tun hätten. Denn die *PROKLA* widmete sich gerade wegen dieser Feststellung mit großer Intensivität einer besonders detailreichen Analyse der »Politischen Ökonomie«, die als Zentrum des Marxismus galt. Anders als in vielen anderen linken Publikationsprojekten der 1970er Jahre interessierte sich die Redaktion somit kaum für die marxistische Kulturkritik. Neben aller theoretischen Stringenz lag dies fraglos auch an der Zusammensetzung der Redaktionskonferenz, in der vor allem Politikwissenschaftler saßen, die ein starkes Interesse an Ökonomie, Klassen und Gewerkschaften besaßen. Kulturelle Phänomene, die Kunst oder Literatur, mochten marxistisch analysierbar

sein, sie besaßen aber nicht dieselbe Relevanz wie politökonomische Analysen der Klassenkämpfe.

Der Rekurs auf die Logik des Kapitalverhältnisses führte zu Tiefenbohrungen: Mit den realen Verhältnissen müssten auch die Begriffe und »Oberflächenphänomene« in ihrer Substanz analysiert werden: Kategorien wie Kapital, Arbeitskraft oder Ware »seien nicht nur als Mystifikationen relevant, sondern implizieren immer die Dialektik von Form und Bewegung.« (Protokoll, PA Schmidt) Besonders deutlich schlugen sich diese theoretischen Bestimmungen in ausgedehnten Analysen des Redaktionskollektivs Gewerkschaften nieder, das die Gewerkschaften als politischen Akteur auf originelle Weise aus der Logik des Kapitalverhältnisses selbst ableitete (Redaktionskollektiv Gewerkschaften 1972: 87-106).

Die analytischen Konsequenzen gingen aber über die Gewerkschaften hinaus: Wenn ein solcher Zusammenhang bestünde, gehorchten die politischen und ökonomischen Phänomene im Kapitalismus einer Logik, die sich von anderen historischen Epochen und Wirtschaftssystemen unterschied, weswegen Marx' Kritik der politischen Ökonomie einen verbindlichen gemeinsamen Bezugspunkt bildete.

Die Auffassung einer epochemachenden Eigenlogik des Kapitals stand im härtesten Gegensatz zum Marxismus-Leninismus, der eine Logik der Geschichte überhaupt unterstellte. Im Kapitalismusverständnis der PROKLA gab es hingegen keinen teleologischen Geschichtsverlauf: Weder treibt der Kapitalismus von selbst auf den Untergang zu, noch ist garantiert, dass der Sozialismus zwangsläufig auf ihn folge. Phänomene an der Schnittstelle von Politik und Wirtschaft mussten deshalb in erster Linie logisch aus den kapitalistischen Entwicklungsgesetzmäßigkeiten, die Marx erkannt hatte, *abgeleitet* werden. Am deutlichsten zeigte sich dieses Theorieverständnis in der Staatsableitungsdebatte. Sie bildete das Gegenmodell zum »Staatsmonopolistischen Kapitalismus«, das vor allem von DKP-nahen Intellektuellen präferiert wurde.

## Ableitungsmarxismus

Der »German Ableitungsmarxismus« wurde auch im Ausland rezipiert (Holloway/Picciotto 1978; Clarke 1991) und dort ebenso anerkennend wie spöttisch zur Kenntnis genommen (Kraushaar 2001: 26; Koenen 2001: 202f.). Er bildete fraglos eine der auffälligsten Besonderheiten der deutschsprachigen marxistischen Diskussion der 1970er Jahre. Die Staatsableitungsdebatte korrespondierte mit den unterschiedlichen Kapitalektüren und speiste sich, wie diese selbst, aus einer politischen Grundmotivation. Seitens der PROKLA

war sie dadurch charakterisiert, dass auch die Rolle des Staates aus dem Kapitalverhältnis abgeleitet werden sollte. Verständlich war dieser Ausgangspunkt nur im Zusammenspiel mit ihrem gegensätzlichen Bezugspunkt, der Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus, die »nicht nur offizielle ökonomische Analyse gegenwärtiger westlicher Gesellschaften seitens der kommunistischen Parteien, sondern auch Staatstheorie und politische Strategie« war (Rudzio 1979: 228). Damit war sie ebenso verbindlich für DKP und SEW (Fülberth 1992: 121, 128) – und prägte maßgeblich die politischen Auseinandersetzungen, die die *PROKLA* seit ihrer Gründung führte.

Die Debatte war dabei weit mehr als ein akademisches Glasperlenspiel. Zu Beginn der 1970er Jahre hatten sich nämlich die Jusos in der SPD als Resonanzraum für linke Theorie geöffnet (Duve 1973; Kufferath 2017: 448f.). Politische und personelle Führungskämpfe wurden von theoretischen Flügelskämpfen grundiert und weite Teile des späteren Spitzenpersonals der SPD in der Berliner Republik wurden in diesen Kämpfen geprägt (Walter 2018; Süß 2004). Der Stamokap-Flügel der Jusos befürwortete die Zusammenarbeit mit der DKP, während die »Antirevisionisten« – ihr politisches Aushängeschild war der spätere Bundeskanzler Gerhard Schröder – diesem Kurs entgegneten. Insbesondere das Stamokap-Paradigma war langlebig; zu seinen Vertretern zählten spätere Spitzengenossen wie der aktuell amtierende Bundesfinanzminister Olaf Scholz und kurzzeitig wohl auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier.

In der Staatsableitungsdebatte wurde über Form und Inhalt des Staats diskutiert. Ihr analytischer Ausgangspunkt lag in der Frage, ob es eine systematische Trennung zwischen Politik und Ökonomie gebe oder nicht. Damit wurde es notwendig, den politischen Inhalt des Staats zu klären, um die Möglichkeiten einer Übernahme und Neuorganisation der Macht und damit der sozialistischen Revolution genauer bestimmen zu können. Damit brachte die Staatsableitungsdebatte eine eigene »materialistische« Staatstheorie hervor, die das Verhältnis von Staat und Kapital neu justierte und darüber den Spielraum staatlicher Politik definierte (Elbe 2010: 319-444; exemplarisch: Hirsch 1976: 99-149).

Ihr Referenzpunkt, die Theorie des Stamokap, stützte sich auf Lenin, der unmittelbar vor der Oktoberrevolution eine neue historische Phase des Kapitalismus identifiziert hatte (Lenin 1974 [1917a]; 1971 [1917b]). Gekennzeichnet war dieses »höchste Stadium des Imperialismus« durch die Konzentrierung des Kapitals in Monopolen, die schließlich mit den Banken zum Finanzkapital verschmolzen seien (Lenin 1971 [1917b]: 231; Boccara 1976: 16ff.). Die Besonderheit des Stamokap lag jedoch in der Rolle des Staates, der mit den Monopolen verschmelze, während diese ihn zugleich für die »Verbreitung

und Vertiefung des kapitalistischen Ausbeutungsprozesses« nutzten (ZK der SED 1971: 100). Die Attraktivität dieses Ansatzes erklärt sich zum einen aus Lenins optimistischer Erwartung: Im höchsten Stadium des Imperialismus werde auch die Fäulnis des Kapitalismus und schließlich das »Absterben des Staats« einsetzen und eine »gewaltsame proletarische Revolution« ermöglichen (Lenin 1974 [1917a]: 413). Auf den Sieg des Sozialismus zielend, hatte Lenin prognostiziert, der durch den Krieg beschleunigt herausgebildete Stamokap habe »die Menschheit dem Sozialismus außerordentlich nahe gebracht« (ebd.: 370) und ihn zur »unmittelbare[n] Vorstufe« (Boccaro 1976: 16) des Sozialismus erhoben.

Zum anderen könne der Staat – sobald die Revolutionär\_innen sich seiner bemächtigt hätten – aber auch dazu eingesetzt werden, den Sozialismus einzuführen. Mit der Revolution »vor der Tür« stieg die Aussicht, sich der Potenzen des Kapitalismus und des Staates unter sozialistischem Vorzeichen zu bemächtigen. Für den Vergleich mit der Staatableitungstheorie der PROKLA war Lenins (zum Teil nur implizit vorliegendes) Konzept des Staates von zentraler Bedeutung. Für ihn und seine Exegeten in den kommunistischen Parteien war der Staat eine *politische* Einrichtung, jenseits des Kapitalverhältnisses. Ein strategischer Fixpunkt für die Vertreter der Stamokap-Theorie lag darin, den Monopolen und dem Finanzkapital den Staat durch eine anti-monopolistische Strategie wieder zu entreißen.

Demgegenüber lieferten die Staatsauffassung der PROKLA und insbesondere das Verhältnis von Staat und Kapitalismus geradezu das Negativ zur Theorie des Stamokap. Die PROKLA bildete das vielleicht wichtigste Zentrum einer »antirevisionistischen« Staatskritik, ja mit ihrem allerersten Aufsatz hatte die Zeitschrift eine »Initialzündung« für die Debatte geliefert (Elbe 2010: 319; Grebing 1977: 265ff.). In der Nullnummer der PROKLA, dem Sonderheft 1, war der Text »Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital« von Rudolf Wolfgang Müller und Christel Neusüß (Müller/Neusüß 1971) erschienen, der bereits rund ein Jahr zuvor in der SoPo (Nr. 6/7) erschienen war. Die Aufnahme dieses Essays in die Gründungsnummer der PROKLA signalisierte, dass man diesen Standpunkt und das Staatsthema nicht der SoPo überlassen wollte. Ein Thema, das über mehrere Nummern in den Heften präsent war, bis schließlich mit der Weltwirtschaftskrise Mitte der 1970er Jahre die Krise in den Fokus rückte.

Für die Analyse zentral war die Ableitung des Staats auf Grundlage der oben beschriebenen »logischen« Kapitallektüre. Für Müller und Neusüß war der bürgerliche Staat in seiner existierenden Form eine Erscheinung die vom Kapitalverhältnis durchwirkt war und in dieser mit ihm verbunden blieb. Der Staat selbst sei Ausdruck der Notwendigkeit einer außerökonomischen

Zwangsgewalt im Kapitalismus und damit das Resultat der auf dem »Verhältnis von Kapital und Lohnarbeit beruhenden Form der gesellschaftlichen Produktion« (Müller/Neusüß 1971: 56). Die Dialektik von Privateigentum und Konkurrenz machte es den Menschen in kapitalistischen Gesellschaften unmöglich, ihr Leben planen und gestalten zu können (ebd.). Genau dieser Umstand mache die »»besondere Existenz einer ausschließlich politischen Zwangsinstitution, des Staates, möglich und notwendig.« (Ebd.: 58) Der bürgerliche Staat sei deshalb eine notwendige Institution, die »neben und außer der bürgerlichen Gesellschaft« existiere (ebd.: 56).

Diese *Vernähung* von Staat und Kapitalismus war das Charakteristikum, das die Staatsableitung in der *PROKLA* auszeichnete. Akzeptiert man die Prämissen der »Sozialstaatsillusion«, ist der Staat eine umkämpfte Institution, in der die Arbeiterklasse immer wieder auch Zugeständnisse erkämpfen konnte. Die systemische Schranke zeigte sich allerdings, sobald es um die Koordinaten des Kapitalismus selbst ging. Das steht der Möglichkeit entgegen, dass soziale Bewegungen den Staat »von unten« übernehmen und graduell umfunktionieren können. Der Revisionismusvorwurf der *PROKLA* an andere politische Denkschulen, vor allem gegenüber Kommunist\_innen und Sozialdemokrat\_innen, basierte im Umkehrschluss auf *deren* Akzeptanz des Staats als potenziell emanzipatorischem Instrument. Den Revisionismus begriffen Müller und Neusüß stellvertretend für die *PROKLA*-Redaktion als Verbreitung der »Ideologie der herrschenden Klasse [...] als herrschende Ideologie auch in der Arbeiterklasse« (ebd.: 11).

Auf diese Weise begründete die *PROKLA* höchst ambitioniert eine theoretische Position jenseits der Pole Sozialdemokratie und Kommunismus. Sie hielten an einer Basisorientierung fest, die sich im Engagement in und mit Gewerkschaften oder in der Zusammenarbeit mit dem plattformartigen SB niederschlug. Es ging um die Suche und das Aufspüren spontaner antikapitalistischer Proteste der Arbeiterklasse, die durch die Theorie Rückendeckung erfahren sollte.

## Fazit und Ausblick

Seit der Gründung der *PROKLA* sind fast 50 Jahre vergangen. Ein kurzer, ausschnittshafter Rückblick auf die Vor- und Frühgeschichte der Zeitschrift kann nicht alle relevanten Entwicklungen der Zeitschrift beleuchten. Was hier allerdings deutlich geworden sein sollte: Die Entwicklung der Zeitschrift und damit auch manche in der Rückschau zeitgeistbezogen, irritierend oder unzugänglich erscheinenden Theoriedebatten hatten jeweils einen nicht nur konkreten, sondern ebenso gründlich diskutierten politischen Hintergrund.

Die Geschichte der Zeitschrift blieb stets eng mit der Entwicklung der Neuen Linken verbunden. Als eines der wenigen Projekte hielt die *PROKLA* am Anspruch einer gegenüber Parteigründungsversuchen unabhängigen, gegenüber bloßen Revolutionserwartungen skeptischen Grundhaltung fest.

Dass mittlerweile fast 200 Ausgaben der Zeitschrift erschienen sind, kann als Bestätigung des eingeschlagenen Kurses gewertet werden. Dies ist umso erstaunlicher, als sich die Landschaft der politischen Linken gerade in der Anfangsphase der Zeitschrift massiv veränderte. Die linke Publikations- und Verlagslandschaft wurde von ökonomischen Problemen geplagt, an denen schließlich 1975 auch der erste *PROKLA-Verlag*, der einst ambitioniert gestartete Politladen Erlangen, scheiterte. Zu diesem Zeitpunkt hatte der Bruch allerdings etwas beinahe Erlösendes – hatten sich doch Zeitschrift und Verlag politisch auseinandergelebt und vor allem über das Verhältnis zum linksradikalen Terrorismus zerstritten. Den Terror der RAF und der Bewegung 2. Juni kritisierte die *PROKLA* scharf. Sie erkannte, dass er ein zunehmend repressives politisches Klima mit provozierte, in dem auch die Diskussion um Berufsverbote weiteren Auftrieb erhielt. Die radikale Linke steckte fest. Der Zusammenbruch vieler linker Projekte im Verlauf der 1970er Jahre war ein Resultat. Neue linke Akteure beriefen sich nicht mehr unbedingt auf den Gegensatz von Kapital und Arbeit, sondern agierten als neue soziale Bewegungen entlang neuer Themen wie der Ökologie- oder Geschlechterfrage.

1974 hielt Bernhard Blanke in einem Kommentar nüchtern fest, »daß die Linke in ihrer *Breitenwirkung* heute so beschissen dasteht wie schon lange nicht mehr und daß alle Parteigründungen durch eine scheinrevolutionäre Zusammenfassung der in den letzten Jahren sozialistisch gewordenen Teile der Bevölkerung nur eine Stärkung vortäuschen.« (Blanke 1974: 187) Die Lage der sozialistischen Bewegung müsse radikal überdacht werden. »Strategien existieren immer noch nur in den Konserven der Arbeiterbewegung vergangener Jahrzehnte und der Protestbewegung der 60er Jahre.« (Ebd.: 188) Dieser ernüchternden Erkenntnis ließ die *PROKLA* einen vertrauten Grundsatz folgen: »Solche Arbeit ist nur dadurch zu leisten, daß man sich an dem orientiert, was sich an *realer Bewegung in der Arbeiterklasse bereits tut*.« (Ebd.) Es war dies die Suche nach neuen Anknüpfungspunkten jenseits eingefahrener politischer Muster. Sie wiesen die Zeitschrift als konsequente Vertreterin der Neuen Linken aus, die sich, wie auf dem Balkon der West-Berliner Knesebeckstraße 16 beschlossen, den *Problemen* des Klassenkampfes widmen wollte.

•••

Ich möchte mich an dieser Stelle für die große Unterstützung der *PROKLA* bei der Bearbeitung meiner Dissertation bedanken. Insbesondere gilt dies für Michael Heinrich, Ingo Stützle und Rudi Schmidt, die mir Archivunterlagen aus der Redaktion zur



Verfügung gestellt haben, die zum Verständnis der politischen und theoretischen Hintergründe sowie der redaktionellen Abläufe unverzichtbar waren. Darüber hinaus haben mir Elmar Altvater, Urs Müller-Plantenberg und Rudi Schmidt durch Interviews wichtige Einblicke in die Entstehungsgeschichte der Zeitschrift gewährt.

## Literatur

- Aly, Götz (2008): *Unser Kampf 1968*. Frankfurt/M.
- Anderson, Benedict (2005 [1983]): *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*. Frankfurt/M.
- Blanke, Bernhard (1974): Bedingungen sozialistischer Solidarität. In: *PROKLA* 16 4(4): 181-189. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v4i16.1115>.
- Boccarda, Paul (1976): *Studien über den staatsmonopolistischen Kapitalismus, seine Krise und seine Überwindung*. Frankfurt/M.
- Brentano, Margeritha von (2010): *Das Politische und das Persönliche. Eine Collage*. Göttingen.
- Brown, Timothy S. (2013): *West Germany and the Global Sixties. The Antiauthoritarian Revolt, 1962-1978*. Cambridge/MA.
- Clarke, Simon (1991): *The State Debate*. Basingstoke.
- Collini, Stefan (1991): *Public Moralists. Political Thought and Intellectual Life in Britain 1850-1930*. Oxford.
- Duve, Freimut (1973): *Der Thesenstreit um »Stamokap«. Die Dokumente der Grundsatzdiskussion der Jungsozialisten*. Hamburg.
- Elbe, Ingo (2010): *Marx im Westen. Die neue Marx-Lektüre in der Bundesrepublik seit 1965*. Berlin.
- Fichter, Tilmann / Lönnendonker, Siegwand (1977): *Kleine Geschichte des SDS. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund von 1946 bis zur Selbstauflösung*. Berlin.
- Frey, Michael (2020): *Vor Achtundsechzig – Der Kalte Krieg und die Neue Linke in der Bundesrepublik und den USA*. Göttingen.
- Fülberth, Georg (1992): *KPD und DKP 1945-1990. Zwei kommunistische Parteien in der vierten Periode kapitalistischer Entwicklung*. Heilbronn.
- Gerber, Jan (2010): *Nie wieder Deutschland. Die Linke im Zusammenbruch des »realen Sozialismus«*. Freiburg/Br.
- Gilcher-Holtey, Ingrid (2008): *Kritische Theorie und Neue Linke*. In: Dies. (Hg.): *1968. Vom Ereignis zum Mythos*. Frankfurt/M.: 223-247.
- Grebing, Helga (1977): *Der Revisionismus. Von Bernstein zum »Prager Frühling«*. München.
- Grunewald, Michel / Bock, Hans-Manfred (2002): *Zeitschriften als Spiegel intellektueller Milieus. Vorbemerkung zur Analyse eines ungeklärten Verhältnisses*. In: Dies. (Hg.): *Das linke Intellektuellenmilieu in Deutschland, seine Presse und seine Netzwerke*. Bern.
- Hall, Simon (2016): *1956. Welt im Aufstand*. Stuttgart.
- Hall, Stuart (2010): *Life and Times of the First New Left*. In: *New Left Review*, Nr. 61: 177-196.
- Heigl, Richard (2008): *Oppositionspolitik. Wolfgang Abendroth und die Entstehung der Neuen Linken, 1950-1968*. Hamburg.
- Hirsch, Joachim (1976): *Bemerkungen zum theoretischen Ansatz einer Analyse des bürgerlichen Staates*. In: *Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie*, Nr. 8/9: 99-149.
- Hoffrogge, Ralf (2012): *Fordismus, Eurokommunismus und Neue Linke. Thesen zu Kontinuitäten und Diskontinuitäten zwischen Arbeiterbewegung und linker Szene in der BRD*. In: *Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2012*: 249-264.
- Holloway, John / Picciotto, Sol (Hg.) (1978): *State and Capital. A Marxist Debate*. London.
- Horn, Gerd-Rainer (2008): *The Spirit of 68. Rebellion in Western Europe and North America*. Oxford.

- Jian, Chen u.a. (2018): *The Routledge Handbook of the Global Sixties. Between Protest and Nation-Buiding*. London-New York.
- Jünke, Christoph (2014): *Streifzüge durch das rote 20. Jahrhundert*. Hamburg.
- Kasper, Sebastian (2019): *Spontis. Eine Geschichte antiautoritärer Linker im roten Jahrzehnt*. Münster.
- Klein, Thomas (2009): *SEW – Die West-Berliner Einheitssozialisten. Eine »ostdeutsche« Partei als Stachel im Fleische der Frontstadt?*. Berlin.
- Klimke, Martin / Scharloth, Joachim (Hg.) (2008): *1968 in Europe. A History of Protest and Activism, 1956-1977*. New York-Basingstoke.
- Koenen, Gerd (2001): *Das rote Jahrzehnt. Unserer kleine deutsche Kulturrevolution 1967 bis 1977*. Köln.
- Korsch, Karl (1966 [1930]): *Der gegenwärtige Stand des Problems »Marxismus und Philosophie«*. In: Ders.: *Marxismus und Philosophie*, Frankfurt/M.-Wien: 31-72.
- Kraushaar, Wolfgang (2001): *Denkmodelle der 68er-Bewegung*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 48 (22-23): 14-27.
- Kritidis, Gregor (2008): *Linkssozialistische Opposition in der Ära Adenauer. Ein Beitrag zur Frühgeschichte der Bundesrepublik*. Hannover.
- Kroll, Thomas (2007): *Kommunistische Intellektuelle in Westeuropa. Frankreich, Österreich, Italien und Großbritannien im Vergleich (1945-1956)*. Köln u.a..
- Kufferath, Philipp (2017): *Peter von Oertzen. 1924-2008. Eine politische und intellektuelle Biographie*. Göttingen.
- Kukuck, Margareth (1977): *Student und Klassenkampf. Studentenbewegung in der BRD seit 1967*. Hamburg.
- Lenin (1974 [1917a]): *Staat und Revolution*. In: *Lenin Werke*, Bd. 25. Berlin: 393-507.
- (1971 [1917b]): *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*. In: *Lenin Werke*, Bd. 22. Berlin: 189-309.
- Mende, Silke (2011): *»Nicht rechts nicht links, sondern vorn«*. Eine Geschichte der Gründungsgrünen. München.
- Müller, Wolfgang / Neusüß, Christel (1971): *Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital*. In: *PROKLA Sonderheft 1*: 7-70. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v1iSonderheft.1117>.
- Oy, Gottfried (2007): *Spurensuche Neue Linke. Das Beispiel des Sozialistischen Büros und seiner Zeitschrift links. Sozialistische Zeitung (1969-1997)*. URL: <https://www.rosalux.de>. PA Rudi Schmidt (Privatarchiv Rudi Schmidt).
- PROKLA-Redaktion (1971): *Editorial*. In *PROKLA 1*(1): 1-4. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v1i1.1224>.
- Redaktionskollektiv Gewerkschaften (1972): *Thesen zur Gewerkschaftsanalyse*. In: *PROKLA 2*(2): 87-106. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v2i2.1234>.
- Reichardt, Sven (2014): *Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren*. Berlin.
- Rudzio, Wolfgang (1979): *Politische Perspektiven der »Stamokap«-Theorie*. In: *Gewerkschaftliche Monatshefte 30*(4): 228-241.
- Scharrer, Manfred (2008): *Auf der Suche nach der revolutionären Arbeiterpartei. Eine Momentaufnahme*. In: *Ästhetik & Kommunikation 39*(2): 35-56.
- Schildt, Axel (2011): *Auf neuem und doch scheinbar vertrautem Feld. Intellektuelle Positionen am Ende der Weimarer und am Anfang der Bonner Republik*. In: Ders. / Gallus, Alexander (Hg.): *Rückblickend in die Zukunft. Politische Öffentlichkeit und intellektuelle Positionen in Deutschland um 1950 und 1930*. Göttingen: 13-34.
- Schmidt, Rudi (1971): *Betriebsarbeit und Organisationsfrage. Zur Geschichte der Studentenbewegung*. In: *SoPo 3*(1): 83-114.
- Schwendter, Rolf (1978): *Theorie der Subkultur*. Frankfurt/M.

- Siegfried, Detlef (2006): *Time is on my Side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre*. Göttingen.
- Siegfried, Detlef (2018): *1968. Protest, Revolte, Gegenkultur*. Stuttgart.
- Slobodian, Quinn (2012): *Foreign Front. Third World Politics in Sixties West Germany*. Durham-London.
- Sonnenberg, Uwe (2016): *Von Marx zum Maulwurf. Linker Buchhandel in West-Deutschland in den 1970er Jahren*. Göttingen.
- SoPo-Redaktion (1969): Editorial. In: *SoPo* 1(1): 1-2.
- Süß, Dietmar (2004): *Die Enkel auf den Barrikaden. Jungsozialisten in der SPD in den Siebzigerjahren*. In: *Archiv für Sozialgeschichte*, Bd. 44: 67-104.
- Teichert, Olav (2010): *Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins. Untersuchung der Steuerung der SEW durch die SED*. Kassel.
- Thaysen, Uwe / Falter, Jürgen (2007): *Fraenkel versus Agnoli? Oder: Was ist aus der »Parlamentsverdrossenheit« der 60er Jahre für die heutige »Postparlamentarismus«-Diskussion zu lernen?* In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 48(2): 401-413.
- Walter, Franz (2018): *Die SPD. Biographie einer Partei*. Hamburg.
- Wehrs, Nikolai (2014): *Protest der Professoren. Der »Bund Freiheit der Wissenschaft« in den 1970er Jahren*. Göttingen.
- ZK der SED, Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (Hg.) (1971): *Der Imperialismus der BRD*. Berlin.



Jens Renner  
**Neuer Faschismus?**  
Der Aufstieg der Rechten in Italien  
Politik aktuell 8  
160 Seiten  
Paperback | 10,5 x 14,8 cm  
€ 8,- [D] / € 8,30 [A]  
ISBN 978-3-86505-761-7

**BERTZ + FISCHER**

Kann es in Italien, dem Mutterland des historischen Faschismus, einen Rückfall in die Barbarei geben? Die Faschismusfrage sehr ernsthaft, aber ohne Alarmismus zu diskutieren, ist Ziel des Buches.